

## CH\_VB Ad 85.201 vom 20. Juni 1985

Bundesverwaltung, 1985-06-20, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_Ad\\_85.201](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_Ad_85.201)

FR: CH\_VB Ad 85.201 du 20 juin 1985

IT: CH\_VB Ad 85.201 del 20 giugno 1985

### Erwägungen

#### E. 20

juin 1985 Selbstanklage zu üben. Unsere Neutralitätspolitischen und humanitären Verpflichtungen sind durch das Kriegsmaterialgesetz und die entsprechende Verordnung genügend bewiesen und abgesichert. Ich kann den Vorschlag der Minderheit nicht unterstützen. Dabei geht es mir nicht nur um den PC-7, sondern um die Schaffung eines neuen Sonderfalles: Wir schaffen neue Auslegungsschwierigkeiten und entsprechende Folgewirkungen. Mit diesem Minderheitsantrag würde eine permanente Unsicherheit für unsere Handelspolitik und für unsere Unternehmungen geschaffen. Bei dieser Auslegung geht es nicht nur um ein Trainingsflugzeug, sondern angewandt könnte das in der Folge heissen, dass Werkzeugmaschinen, Baumaschinen und anderes mehr entsprechend klassiert werden könnten. Ich denke an die Elektronikbestandteile und -geräte, die nicht nur der Unterhaltungselektronik dienen, sondern bekanntlich auch für Feuerleitgeräte eingesetzt werden. Ich möchte das all jenen Kollegen zu bedenken geben, die sich der Meinung verschrieben haben, mit dem Minderheitspostulat würden wir klare Grenzen setzen. Der Ausweitung wäre Tür und Tor geöffnet. Es gibt neben den humanitären auch andere, zu Recht vertretbare wirtschaftliche Standpunkte. Von den Arbeitsplätzen war hier die Rede. Es geht aber auch um die Erhaltung eines unabhängigen Produktionspotentials in der Schweiz. Mit diesem Beschluss würden wir in gewisser Weise eine wirtschaftliche Selbstverstümmelung begehen. Wir würden uns nämlich an verschiedenen Orten unsere wirtschaftliche Basis selber entziehen. Eine Basis, die uns letztlich auch die Unabhängigkeit sichert. Wir können unter diesen Umständen nicht mehr erwarten, dass bestimmte Industriezweige Innovation betreiben. Innovation, die mehr als nur wünschbar ist, wird durch solche Beschlüsse behindert. Es ist doch so, dass es weniger Neuentwicklungen gibt, wenn man nicht weiss, ob am Ende ein Produkt als Kriegsmaterial klassiert wird oder nicht. Es geht darum, dass wir uns an die gegebenen klaren Grenzen halten. Es ist auch eine Illusion zu glauben, wir könnten von den Bezügerstaaten Garantien erhalten. Wir müssen auf die klaren und vernünftigen Grundsätze unseres Kriegsmaterialgesetzes zurückkommen, d. h. kein klassisches Kriegsmaterial in Spannungsgebiete zu liefern; das ist der Grundsatz, der über allem zu stehen hat. Ich glaube also, dass diese Ergänzungen unnötig sind. Die Grenzen sind gesteckt durch unser Gesetz. Wir haben allen Grund, den Beschluss des Bundesrates zu unterstützen. Wir wollen nicht, dass heute ein Weg eingeschlagen wird, der uns in Zukunft Mühe machen wird. Wir wollen unsere Unabhängigkeit auch in diesem Bereich sichern. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen. Bremi: Ich habe zwar keine Bindungen zur Flugzeugindustrie, aber ich gestehe, dass ich ein Freund der Fliegerei und auch begeistert bin vom fliegerischen und technischen Konzept des PC-7. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen. Nicht mit dem Argument etwa, es seien Arbeitsplätze zu schützen, nicht mit dem Argument, die Vorwürfe im Postulat stimmten zwar ein bisschen, aber doch nur ein bisschen, und es sei nicht so schlimm. Ich

bitte Sie nicht um einen Gnadenakt für den PC-7, sondern ich habe zwei andere Argumente: Erstens bitte ich Sie, den Text des Postulates einmal zu lesen. Es wird hier nicht - da darf ich vielleicht an das Votum von Herrn Leuenberger anknüpfen, er hat von Ehrlichkeit gesprochen - eine Überprüfung des PC-7 in bezug auf das Waffenausfuhrgesetz verlangt. Was Sie da gesagt haben, war nicht ehrlich. Darum geht es nicht. Das verlangen Sie mit keinem Wort. Sie verlangen zu prüfen, ob «die Verordnung über das Kriegsmaterial vom 10. Januar 1973 derart geändert werden könnte, dass...». Es geht nicht um eine Überprüfung des PC-7, sondern in diesem Postulat geht es um eine Änderung der Verordnung, damit nachher der heutige PC-7 dieser geänderten Verordnung nicht mehr genügen würde. Darum geht es; das ist der Text dieses Postulates. Diese Überprüfung hat der Bundesrat durchgeführt. Am

### **E. 23**

September 1984 wurde der Bericht dieser Überprüfung des PC-7 veröffentlicht, mindestens datiert er von damals; er wurde etwas später veröffentlicht. Ich kann diesen langen Bericht hier nicht vorlesen, aber Sie haben das Resultat in der Zeitung lesen können. Die Schlussfolgerungen dieser Überprüfung liegen vor. Aber hier wird natürlich der PC-7 an den Anforderungen der heutigen, unveränderten Verordnung gemessen. Die Schlussfolgerungen dieses Berichtes sind klar. Ich verstehe Herrn Rebeaud durchaus, wenn er sagt, er möchte in einem Land leben, das zu seinen Gesetzen und Verordnungen steht. Das tun wir mit diesem PC-7. Man könnte, wie das Herr Leuenberger verlangt, diese Verordnung verändern. Wir sind aber der Meinung, diese Verordnung sei nicht zu ändern. Zum zweiten: Die Formulierung, wie sie im neuen Absatz 3 von Artikel 1 vorgeschlagen wird, würde wohl alle oder die meisten Flugzeuge unter diesen Verdacht stellen. Man kann das, was verlangt oder befürchtet wird, mit fast allen Verkehrs- und Sportflugzeugen, ganz sicher mit allen Helikoptern, tun. Ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, dass wir damit die letzte Flugzeugtechnologie in diesem Land ausrotten, und das ist nicht nur Fliegerei, das ist auch Elektronik. Herr Frey, das ist auch Elektronik aus dem Kanton Neuenburg, und zwar auch in diesem speziellen Fall. Wir würden ohne Zweifel anschliessend den Vorwurf hören, dass die Schweiz oder die Unternehmen in der Schweiz einmal mehr den Technologieanschluss verpasst haben und dass wir mit staatlichen Programmen diesen Technologieanschluss wieder beschaffen müssten. Das ist eine Wirtschafts- und Forschungspolitik der politischen Hinterhalte. Zum Schluss darf ich darauf hinweisen, dass die Schweiz sich auch anders verhalten könnte, als diesen PC-7 durch Verordnungsveränderung zu verbieten. Wie verhalten sich sozialistische Länder in einem solchen Fall? Sie weisen ihre Aussenhandelsabteilungen an, den Export zu fördern. Ich halte dafür, dass dieses Flugzeug, das aus einer unserer letzten zwei Flugzeugfabriken stammt, durch den Bund nicht verhindert, sondern gefördert werden soll. Aregger: Der PC-7 ist in erster Linie ein Trainingsflugzeug, und zwar ein Flugzeug, das sich für diesen Zweck auf dem Weltmarkt behauptet hat. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, die endgültige, eventuell abgeänderte Einsatzart des PC-7 in jedem Land von der Schweiz aus zu überprüfen. Das ist vor allem dann kaum möglich, wenn das betreffende Land bei uns nicht als Direktkäufer aufgetreten ist. Für mich steht nur fest, dass kein PC-7 die Schweiz als Kriegsflugzeug verlässt. Für mich steht aber auch fest, dass der Vorstoss von Herrn Leuenberger unter Berufung auf die moralische Glaubwürdigkeit unseres Landes eine Industrie in ihrer Gesamtheit treffen will. Ich erkläre ausdrücklich: Es geht nicht um den Abbau einer gewissen Anzahl Arbeitsplätze, es geht um den Weiterbestand eines ganzen hochspezialisierten Betriebes der Flugzeugindustrie mit mehr als 800 Arbeitsplätzen. Es wurde schon von Vorrednern betont,

das Arbeitsplätze im Bereich moderner Technologien vor allem in der Inner- schweiz recht dünn gesät seien. Wir haben nun aber in der Innerschweiz die besondere Konstellation, dass das Flug- zeugwerk Pilatus in Stans und das Eidgenössische Flug- zeugwerk in Emmen zusammen den Schwerpunkt der schweizerischen Flugzeugindustrie bilden. Gesamthaft 1700 Arbeitnehmer, Forscher und Ingenieure erbringen auf einem geographisch kleinen Raum eine bedeutende Leistung, deren Standard international anerkannt ist. Ich verweise auf die sehr eindruckliche Ausstellung anlässlich des 40jährigen Bestehens des Flugzeugwerks Emmen im Jahre 1984, wo Entwicklungen der Firma bis hin zu den Bestandteilen der europäischen Trägerrakete Ariane zu sehen waren. Es liegt auf der Hand, dass mit einem erfolgreichen Angriff auf die Pilatus-Werke in Stans auch das Eidgenössische Flugzeug- werk Emmen schwer getroffen würde.

20. Juni 1985 N 1209 Postulat der Minderheit der GPK/N Ich erwähnte die geographische Nähe der beiden Betriebe. In der Tat fördert diese Nähe die Ausbildung interessierter junger Leute in modernen Spezialberufen, die Anreicherung von Know-how, die gegenseitige Benützung von For- schungsanlagen, Windkanälen usw. Im Interesse des Weiterbestehens einer ernst zu nehmenden schweizerischen Flugzeugindustrie im Räume Luzern- -Stans und im Interesse der Erhaltung von Hunderten zum Teil hochqualifizierter Arbeitsplätze in dieser Region bitte ich Sie, das rein politisch motivierte, etwas moralisch ver- brämte Postulat abzulehnen. Ogi: Ich bitte Sie, auch im Namen meiner Fraktion, das Postulat der Minderheit der GPK abzulehnen. Wesentlich erscheint mir in diesem Problembereich die Grundsatzfrage: Soll die Schweiz weiterhin Flugzeuge bauen können? Die gewerkschaftlichen Kreise in diesem Saal müssen sich auch vor diese Frage gestellt sehen. Wenn nicht mehr gebaut werden soll, dann müssen wir bereit sein, die vollen Konse- quenzen zu tragen. Herr Leuenberger, Sie sagen, es gehe heute nur um Flug- zeuge. Das glaube ich Ihnen. Morgen geht es dann aber, möglicherweise ohne Ihr Dazutun, um Funkmaterial, dann vielleicht um Optikgeräte, Elektronik, Schiffsmaschinen, Dieselmotoren usw.; Kinderwagen und Fahrräder, auch das glaube ich Ihnen, Herr Leuenberger, werden nicht auf Ihrer Liste erscheinen. Die anderen Geräte, die wir herstellen, die wir exportieren und deren Verwendung zu Armeezwecken auch möglich ist, könnten dann in das Schussfeld anderer geraten. Wenn ich an die Aussagen von Herrn Kollege Herczog zurückerinnern darf, dann ist diese Annahme nicht von der Hand zu weisen. Die Zielrichtung ist gegeben ; sie ist klar, sie ist auch erkenntlich. Zu Herrn Kollege Frey möchte ich nur sagen, dass Sie den militärischen Wert eines behelfsmässig für kriegerische Zwecke umgebauten PC-7 doch etwas überbewertet haben. Der PC-7 wird nicht plötzlich ein Tiger. So können wir nicht lossteuern, so können wir auch nicht politisieren. Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, das Postulat der Minderheit abzulehnen. Bäumlin: Ich habe mich zu diesem Thema, das wir jetzt diskutieren, in diesem Rat schon verschiedentlich geäus- sert, auch letzte Woche beim Geschäftsbericht. Damals habe ich ein Problem zur Diskussion gestellt, auf das ich jetzt zurückkomme, um es Ihnen nochmals in Erinnerung zu rufen. Zunächst ein paar Bemerkungen zur Debatte; bloss kurze Randbemerkungen. Ich bin nicht verwundert - das wäre übertrieben, verwundert nicht -, aber ein klein bisschen erschüttert darüber, wie das Problem hier ständig vernebelt wird, wie man falsche Fronten aufbaut, Gespenster an die Wand malt, um sie dann zu bekämpfen, Gespenster, die wirklich nur der Einbildung entspringen. Es geht nicht um einen Angriff auf die Exportwirtschaft überhaupt, wie es Herr Weber-Schwyz andeutete, als er von der Gefahr «wirt- schaftlicher Selbstverstümmelung» sprach. Das ist Verhält- nisblödsinn. So kann man im Ernst nicht argumentieren. Es wird dann getan, als ob es bei diesem Postulat

um einen Angriff auf die Landesverteidigung ginge. Unterschwellig hat Herr Cincera uns solches beliebt machen wollen. Auch das ist vollkommen lächerlich. Das Problem wird auch vernebelt, wenn man so tut, als ob es einfach um eine politische Frage ginge und nicht auch um eine rechtliche. Immer wieder wird in diesem Saal der Rechtsstaat beschworen, z. B. wenn es um Proteste gegen Kernkraftwerke geht. Das Rechtsstaatsgebot richtet sich jedoch bekanntlich in erster Linie an den Staat. Der Staat und seine Behörden haben sich gesetzmässig zu verhalten. Herr Leuenberger hat auf das Kernproblem hingewiesen. In den Wortschwallen, die nachher gefolgt sind, ist dies fast untergegangen. Das Gesetz ist strenger als die Verordnung. Mit dem strengen Gesetzestext hat man der Initiative Wind aus den Segeln zu nehmen versucht, schliesslich mit Erfolg; die Waffenausfuhrverbots-Initiative ist knapp abgelehnt worden. Auf das Gesetz folgte eine large Verordnung, die geradezu gesetzeswidrig ist. Nun wird verlangt, dass der rechtmässige Zustand wiederhergestellt werde. Aber auf das juristische oder rechtsstaatliche Argument ist von den Gegnern des Postulates nie eingegangen worden. Dafür haben sie Gespenster an die Wand gemalt. Dass PC-7-Flugzeuge militärisch eingesetzt werden, daran kann man einfach nicht mehr zweifeln. Wer tut, als ob es anders wäre, der blickt mit einer Blauäugigkeit in die Welt, die wirklich nicht glaubhaft ist. Das hat Frau Robert sehr überzeugend gesagt. Herr Bundesrat, Sie werden das Postulat ablehnen, aber ich bitte Sie dringend, zum anderen Punkt Stellung zu nehmen. Ich habe letzte Woche gesagt: Einmal im Ausland kriegstüchtig gemacht, seien die Flugzeuge Kriegsmaterial. Ich nehme nicht an, dass man das bestreiten kann. Oder ist das beschädigte Flugzeug, nachdem es eingesetzt worden ist, nicht mehr Kriegsmaterial? Oder ist es erst wieder Kriegsmaterial, nachdem es mit Bestandteilen aus der Schweiz wieder repariert wurde? Das sind absurde Überlegungen, die ich nur hypothetisch anstelle, um zu zeigen, auf welcher unmöglichen Art man argumentieren müsste, um die bisherige Praxis zu rechtfertigen. Einmal umgerüstet ist das Flugzeug Kriegsmaterial. Wenn man nachher den Export von Ersatzteilen weiterhin durchgehen lässt, verstösst man nicht mehr nur gegen das Gesetz - das tut schon die Verordnung, die dem Gesetz widerspricht -, sondern man verstösst auch noch gegen die Verordnung; dann handelt der Bundesrat eindeutig rechtswidrig. Ich möchte gerne wissen, ob der Bundesrat wenigstens diese juristische Selbstverständlichkeit zu akzeptieren bereit ist. Er hätte dann eine gewisse Waffe in der Hand. Er könnte allenfalls weiterhin blauäugig die Exporte ohne Bewilligung durchgehen lassen, hätte aber hinterher die Möglichkeit einer Sanktion, wenn entgegen seiner guten Meinung die Flugzeuge doch kriegerisch eingesetzt würden. Eine letzte Bemerkung zu Herrn Ogi. Er hat bezweifelt, ob man dieses Flugzeug wirklich effizient einsetzen könnte. Man kann es nicht gegen Tiger-Flugzeuge, aber man kann es gegen die ländliche Bevölkerung einsetzen, und zwar sehr wirkungsvoll, wenn diese über keine Fliegerabwehr verfügt. Aus diesen Flugzeugen heraus sind noch und noch Menschen getötet worden. Ich bin über die Details informiert, soweit es Guatemala angeht. Ähnliches soll anderswo auch passiert sein. Dazu habe ich keine detaillierten Unterlagen. Aber man könnte sich auch diese beschaffen. Item: Ich möchte Ihnen zuerst meine Interessenbindungen offenlegen. Ich bin nicht Verwaltungsratsmitglied, nicht Aktionär und auch nicht Angestellter der Pilatus-Flugzeugwerke. Ich bin aber hier als Vertreter jenes Kantons, der diesen Betrieb beherbergt. Ich bemühe mich, die Interessen jener gut 500 Familien hier zu vertreten, die in den Pilatus-Flugzeugwerken ihr tägliches Brot verdienen. Die Minderheit der GPK verlangt vom Bundesrat, er solle prüfen, ob vom Kriegsmaterialgesetz auch Leichtflugzeuge erfasst werden sollten, von denen mit grosser Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, dass sie im Ausland nachträglich in Kriegsmaterial

umgewandelt worden seien. Dabei nehmen die Antragsteller das Resultat der von ihnen verlangten Prüfung bereits voraus, indem sie dem Bundesrat gleich den neuen Verordnungstext mitliefern. Dies lässt den Schluss zu, dass die Antragsteller bereits wissen, wie das Ergebnis dieser Prüfung etwa aussehen sollte. Ich bitte Sie, diesen Papiertiger im Schafspelz abzulehnen, vor allem aus folgenden drei Gründen: 1. Der von der Kommissionsminderheit vorgeschlagene Verordnungstext ist verhänglich und müsste in seiner jeweiligen konkreten Anwendung zwangsläufig zu heftigen Auseinandersetzungen führen. So ist es beispielsweise verhängnisvoll, Entscheidungen von derartiger Bedeutung von der Landesregierung zu verlangen, wenn die Voraussetzungen für die Entscheidung nur «wahrscheinlich» gegeben sein müssten. Auch die vorgeschlagene Formulierung «Luftfahrzeuge des selben Typs» ist in hohem Masse fragwürdig. Ein Flugzeug, 152-N

Postulat de la minorité de la CDG/N 1210 N 20 juin 1985 das im Ausland entstellt und umgewandelt wurde, ist eben nicht mehr derselbe Flugzeugtyp. Wir fragen uns ausserdem, wie der Bundesrat heute die zukünftigen Auswirkungen im Ausland überhaupt seriös überprüfen könnte, wie dies die Minderheit verlangt. 2. Wir lehnen diesen Minderheitsantrag ab, weil er für unser Land und für meine Region unabsehbare negative Konsequenzen haben könnte, wirtschaftspolitische und verteidigungspolitische. Zu den wirtschaftspolitischen Problemen werden wir bei der Behandlung der Motion Riesen noch Gelegenheit haben, Ihnen genauere Argumente nachzuliefern. 3. Wir lehnen den Minderheitsantrag ab, weil er zum Teil im Grunde der Dinge offene Türen einrennt. Ich kann nur das wiederholen, was Herr Bremi hier ausgeführt hat; denn das, was vom Minderheitsantrag überhaupt als Postulat vom Bundesrat entgegengenommen werden könnte, hat der Bundesrat bereits mehrmals und vor allem erst kürzlich wieder geprüft und Parlament und Öffentlichkeit darüber orientiert. Vor zwei Monaten hat der Bundesrat aufgrund eines Untersuchungsberichtes festgestellt, es bestehe aus militärischen, juristischen, wirtschaftlichen oder aussenpolitischen Überlegungen kein Grund, die bisherige Ausfuhrpraxis für Leichtflugzeuge zu ändern. Wenn kein Anlass besteht, diese Ausfuhrpraxis zu ändern, besteht auch kein Anlass, dieses Postulat zu überweisen. Wir haben hier im Parlament in den letzten Jahren bereits zweimal die Ausfuhrpraxis gutgeheissen. Ich bitte Sie, dies heute zum dritten Mal zu tun und das Postulat abzulehnen. Präsident: Damit ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Für die zuständige Sektion der GPK hat noch Herr Nebiker das Wort. Nebiker, Berichterstatter: Es war zu erwarten, dass die Diskussion um den PC-7-Export emotionell geführt und ein breiter Meinungs austausch stattfinden würde. Es handelt sich, wie ich in meinen Ausführungen bei der Berichterstattung schon festgestellt habe, nicht nur um eine reine Rechtsfrage, sondern auch um eine politische und ethische Frage, und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich ein grosser Teil nicht nur der Ratsmitglieder, sondern auch der Bevölkerung damit beschäftigt. Ich kann Ihnen beispielsweise mitteilen, dass ich selbst Ziel einer Postkartenaktion war: ich habe im Zusammenhang mit diesem PC-7-Export über 2500 Postkarten erhalten. Wir kommen aber natürlich nicht darum herum, hier trotzdem eine Entscheidung zu fällen. Das Problem ist ja immer das: Wo grenzt man ab, was ist Kriegsmaterial und was nicht? Auch im Gesetz selbst ist diese Abgrenzung nicht definitiv erfolgt, sondern bewusst wurde dem Bundesrat die Kompetenz erteilt, im Einzelfall zu bezeichnen, was Kriegsmaterial ist und was nicht. Heikel wird die Frage der Abgrenzung nicht nur innerhalb verschiedener Materialien, sondern gerade, wie hier, innerhalb eines bestimmten Flugzeugtyps, nämlich des PC-7 in einer taktischen Version oder des PC-7 in

einer Trainingsversion. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Prospekt, der im «Le Matin» publiziert worden ist, eine taktische Version veranschaulicht. Das EMD hat am 26. März 1976 die klare Auskunft erteilt, dass diese taktische Version des PC-7 als Kriegsmaterial zu beurteilen wäre. Es geht also nicht um eine Verfilzung zwischen Bührle und EMD, sondern um eine Abklärung zum vornherein, was Kriegsmaterial ist und was nicht, bevor das Flugzeug überhaupt hergestellt worden ist. Aufgrund der Auskunft des EMD wurde dann diese taktische Version nicht hergestellt. Damit war nachher auch der Prospekt oder die Verkaufsdokumentation hinfällig. Produziert wurde die reine Trainingsversion ohne spezielle Einrichtungen als Waffenträger. Es braucht, wenn man die Trainingsversion des PC-7 als Waffenträger verwenden will, grössere Umbauten und entsprechende Sachkenntnis. In der Version, wie der PC-7 exportiert wird, handelt es sich eindeutig um eine reine Trainingsversion. Bei meinen Ausführungen habe ich aber schon dargelegt, dass jedes Leichtflugzeug schlussendlich als Waffenträger umgebaut werden kann. Es braucht einfach mehr oder weniger zusätzliche Einbauten. Eine zweite Feststellung: Die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission lehnt es mit 11 zu 5 Stimmen ab, eine entsprechende Empfehlung oder ein Postulat im Sinne der Kommissionsminderheit einzureichen. Diese Haltung gründet hauptsächlich auf folgender Überlegung: Die gleiche Frage hat die Sektion Waffenausfuhr schon am 29. Januar dieses Jahres dem Bundesrat gestellt. Der Bundesrat hat am 28. März 1985 negativ geantwortet, wie es eigentlich zu erwarten war. Er hat festgestellt, dass er es nicht als richtig erachte, den PC-7 dem Waffenausfuhrgesetz zu unterstellen. Es ist nun nicht zu erwarten, dass inzwischen der Bundesrat seine Meinung geändert hat. Es ist deshalb eine quasi überflüssige Übung, jetzt im Rahmen des Postulates dem Bundesrat nochmals die gleiche Frage zu stellen, nachdem er seine Argumente geliefert hat, die wir im Rahmen seiner Kompetenz akzeptieren müssen. Ganz kurz die drei wichtigsten Punkte in der Antwort des Bundesrates: Erstens stellt der Bundesrat selber fest, dass er kompetent sei, das Material zu bezeichnen, das als Kriegsmaterial zu gelten hat. Zweitens würde der Bundesrat eine relativ grosse Gefahr darin sehen, dass damit rechtliche Unsicherheiten geschaffen würden. Es stünde nie fest, ob der PC-7 exportiert werden könnte oder nicht und in welche Länder, oder ob ein Export eingestellt werden müsste oder nicht. Diese rechtliche Unsicherheit würde dazu führen, dass eine Produktion im Inland praktisch verunmöglicht würde. Drittens weist der Bundesrat auf die praktische Anwendung hin: Es sei sehr schwierig festzustellen, wann und in welchem Zeitpunkt im Ausland ein Flugzeug umgebaut würde. Erst von dem Moment an müsste man ja im Rahmen des Postulates das Flugzeug dem Kriegsmaterialgesetz unterwerfen. Es wäre sehr schwierig festzustellen, von wann an der PC-7 als Kriegsmaterial gelten würde. Der Bundesrat und die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission lehnen also die Unterstellung des PC-7 unter das Kriegsmaterialgesetz ab. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission noch etwas Formelles. Es ist etwas ungewohnt, dass aus der GPK ein Minderheitsantrag in Form eines Postulates gestellt wird; wir haben das im Rahmen der GPK eingehend diskutiert. Normalerweise macht die GPK Empfehlungen oder stellt Fragen, und solche Empfehlungen (oder Fragen) können selbstverständlich nur im Namen der Mehrheit der Kommission oder einer Sektion erfolgen. Hingegen kann der Geschäftsprüfungskommission nicht verwehrt werden, auch Vorstösse im Sinne von Motionen oder Postulaten einzureichen; das machen ja die anderen ständigen oder nichtständigen Kommissionen auch. Und wenn man schon Motionen oder Postulate zulässt, sind auch Motionen oder Postulate von einer Minderheit der Kommission zulässig, nicht nur Mehrheitspostulate. Es stellt sich eigentlich

nur noch die Frage: Wann sollen diese Vorstösse behandelt werden? Sind das Vorstösse, die im Rahmen der anderen parlamentarischen Vorstösse behandelt werden, oder sind das Vorstösse, die sozusagen prioritär im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht wie beispielsweise jetzt - behandelt werden sollten? Diese prioritäre Behandlung von Vorstössen von Minderheiten würde zu einer Privilegierung solcher Vorstösse führen und vielleicht zu einem Missbrauch. Diese Frage ist aber unabhängig von dem jetzt vorliegenden Vorstoss zu behandeln; es wäre nicht fair, wenn sie jetzt entschieden würde. Die Frage muss einmal generell gelöst werden, damit nicht mit solchen Minderheitsvorstössen aus Kommissionen, die dann prioritär behandelt würden, quasi unser Rückstau im Bereich der parlamentarischen Vorstösse unterlaufen würde. Das wird Sache des Büros und der Fraktionspräsidentenkonferenz sein.

20. Juni 1985 1211 Postulat der Minderheit der GPK/N M. Delamuraz, conseiller fédéral: En 1983, un rapport du Département militaire à la Commission des affaires militaires du Conseil des Etats, sur les législations étrangères concernant l'exportation de matériel de guerre, faisait apparaître notamment trois éléments. Le premier était le constat de la part modeste qu'occupe la Suisse dans le marché international des matériels militaires. Les deux grandes puissances tiennent ce marché à plus de 70 pour cent, la France vient au troisième rang avec 10 pour cent environ, puis l'Italie, la Grande-Bretagne, la République fédérale d'Allemagne, ces six pays représentant plus de 90 pour cent du total du marché mondial. La Suisse s'inscrit loin derrière, avec moins de 400 millions de francs d'exportation en 1983 et en 1984. Le second élément que nous pouvons dégager du rapport de 1983 est le constat de la sévérité, de la rigueur de la législation suisse en matière d'exportation du matériel de guerre par rapport à la plupart des législations étrangères. Enfin le troisième constat est celui de la rigueur de l'application, par les autorités suisses, de cette législation. Cela explique entre autres la part très ténue qu'occupe le matériel de guerre dans le volume des exportations suisses: 0,65 pour cent en 1984 (c'est d'ailleurs le chiffre le plus faible des dix dernières années). Ainsi, les autorités fédérales respectent-elles la volonté populaire qui s'est dégagée le 24 septembre 1972 par le vote que vous avez en mémoire et que nous pouvons traduire de la manière suivante: le peuple suisse, ce jour-là, a rejeté de peu mais il a rejeté l'idée d'une interdiction pure et simple d'exportation de matériel de guerre; il a exprimé, dans le même temps, sa volonté de rigueur dans l'application des autorisations pour exporter du matériel de guerre. J'insiste sur cet aspect général des choses au commencement de mon propos pour la raison que la discussion relative au PC-7 fait appel à nos consciences, à nos vertus morales, à notre conception de la neutralité aussi. Et à ceux qui estiment que la Suisse contribue insupportablement à l'escalade de l'agression dans le monde et, de surcroît, qu'elle secrète elle-même l'altération de son image à l'étranger, nous devons opposer cette réalité, celle de l'efficacité de l'outil que le Parlement fédéral a forgé le 30 juin 1972 en votant la loi fédérale sur le matériel de guerre. Sur ce point, M. Robbiani reconnaîtra avec moi sans doute qu'au-delà du rituel un peu folklorique de l'examen annuel de l'application de cette loi, il y a l'événement fondamental que, par l'existence de cette loi, un certain nombre d'exportations sont interdites après avoir été soumises à mon département et pour les plus importantes au Département des affaires étrangères et au Département militaire, voire au Conseil fédéral lui-même. De surcroît, cette loi joue un rôle dissuasif quant à l'intention d'exporter des armes. Rôle évidemment difficile à apprécier, impossible à chiffrer, mais dont on peut être certain qu'il est important. Nous devons donc considérer que la base juridique sur laquelle nous travaillons est solide puisqu'elle a conduit au résultat que je viens de vous rappeler. Faut-il faire un tour de vis supplémentaire et

soumettre le PC-7 à la loi en le déclarant matériel de guerre? En 1978, le Département militaire et le Ministère public de la Confédération ont répondu non à cette question, les PC-7 sortant de l'usine n'étant pas armés et n'étant pas utilisables tels quels comme avions de guerre. En 1980, le Conseil national confirmait cette politique en rejetant le postulat Ziegler-Genève. En 1983, le Conseil national maintenait encore cette opinion en rejetant le postulat Bäumlín. Je passe sur le grand nombre de questions et d'interpellations qui se sont ajoutées à vos ordres du jour en cette matière. Aujourd'hui, une claire majorité de la Commission de gestion s'exprime dans le même sens en proposant de rejeter le postulat qui vous est soumis. Le Conseil fédéral, qui "s'y oppose aussi, reste dès lors dans la ligne que le Conseil national a suivie constamment et pendant des années. Il estime qu'il n'y a pas lieu de la changer dans la mesure où les données du problème ne se sont pas fondamentalement modifiées entre 1978 et aujourd'hui. Certes, le dossier s'est enrichi d'une pièce, un prospectus datant de 1976 et dont l'éditeur est le producteur du PC-7 lui-même. Ce prospectus montre avantageusement un avion de ce type, équipé militairement, prêt au combat. Dès que le chef du département a eu connaissance de cette pièce, il a demandé un rapport à un groupe d'experts de l'administration fédérale et extérieurs à l'administration fédérale. Puis le Conseil fédéral a réexaminé le problème, entre autres sur la base du rapport qui avait été produit entre-temps. Cette démarche l'a conduit aux deux considérations suivantes: Premièrement, une vérité de La Palice qui a toute son importance et toute sa signification: nous devons rappeler qu'aucun appareil PC-7 n'a jamais été construit ni exporté de Suisse en version militaire. En d'autres termes, l'entreprise productrice de Stans n'a jamais construit d'avions conformes à son «mirobolant» prospectus de 1976. Deuxièmement, le rapport du 27 septembre 1984, dont nous venons de parler, et celui de 1978 parviennent à des conclusions identiques, à savoir que le PC-7 n'est ni armé ni équipé de dispositif d'arrimage d'armes ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires lorsqu'il sort de l'usine. Le rapport de 1978 a pu faire croire que la transformation de l'avion constituait une opération excessivement compliquée, alors que le rapport de 1984 a démontré en toute clarté que ce n'était pas le cas. A cet égard - et M. Rebeaud a raison - je regrette et je déplore que les informations techniques qui nous ont été communiquées à l'époque aient été lacunaires ou mensongères. Celles-ci ne correspondaient pas à la réalité profonde révélée par l'expertise que nous avons conduite en 1984. Mais cette divergence, et c'est cela qu'il faut comprendre, est en toute bonne foi sans conséquence quant à la loi. Les transformations qui seraient apportées à l'étranger après coup ne peuvent pas modifier la qualification juridique du PC-7 selon notre législation. Mais - a-t-on entendu ici ou là dans le débat - le Conseil fédéral aurait dû aller au-delà de ces deux considérations. Du moment que les observations confirment que des PC-7 ont été équipés militairement après leur départ de Suisse, nous devrions nous mettre à l'abri de tout reproche ou de tout soupçon et transformer fondamentalement la loi et l'ordonnance en considérant le PC-7 comme matériel de guerre. Une telle formule serait totalement inacceptable, d'abord parce qu'elle serait injuste et parce qu'elle ne correspondrait nullement à la réalité, réalité faite d'une utilisation civile de l'appareil dans la majorité des cas. Deuxièmement, parce qu'elle entraînerait évidemment la fermeture de l'entreprise, c'est-à-dire la disparition de quelque 800 emplois et une nouvelle érosion de notre industrie avionique, une diminution de notre capacité d'indépendance dans ce domaine, militairement, industriellement et économiquement. Enfin, elle entraînerait logiquement dans l'assimilation du matériel de guerre une foule d'autres produits de notre industrie, les plus paisibles d'entre eux pouvant devenir, ultérieurement, engins de guerre - je ne songe pas ici à l'exemple décidément trop classique

du vélodrome, mais bien plutôt à des groupes de moteurs-générateurs, à des composantes électroniques, etc. Dès lors, une solution aussi extrême était inconcevable au moins pour les trois raisons énoncées. Ne fallait-il pas rechercher une formule que je qualifierais de plus modulée, de façon à éviter l'engagement dans les cieux troublés de PC-7 devenus machines de guerre sans que nous le sachions? Le Conseil fédéral s'est livré lui aussi à cette étude et à cette recherche. Il l'a fait dans la volonté de répondre au souci exposé par quelques-uns de ne pas entamer notre neutralité. Pourtant, nous ne partageons pas l'opinion selon laquelle notre neutralité est flétrie parce que des PC-7 sont après coup équipés pour le combat. Nous avons tenté cependant de concevoir une procédure contraignante pour le vendeur et pour l'acheteur et nous avons imaginé des systèmes d'autorisations conditionnelles d'exportation ou de la présentation d'engagement. Outre le caractère complexe et disproportionné qu'aurait présenté

Interpellation Carobbio 1212 N 20 juin 1985 de telles solutions, celles-ci ont le défaut majeur d'être pratiquement incontrôlables, d'être détournables (et vive alors les marchés triangulaires!) et, en conséquence, de ne constituer qu'un paravent rassurant mais inefficace. Que dire alors du postulat présenté aujourd'hui par la minorité de la Commission de gestion? Sans doute ce postulat ne présente-t-il pas un certain nombre de défauts et un certain nombre d'impossibilités que pouvaient présenter d'autres solutions. Toutefois, si l'on allait dans le sens voulu quant au fond par ses auteurs, on introduirait une incertitude permanente dans les objectifs techniques et dans la politique commerciale de ce qui nous reste de l'industrie aéronautique. Or, notre industrie a besoin de savoir d'une manière sûre, avant de se lancer dans le développement et la production d'un avion si cet avion sera considéré comme matériel de guerre ou s'il pourra, au contraire, être exporté. Les possibilités de vente dépendent étroitement de la réponse à cette question. Avec la formule du postulat, cette réponse ne serait jamais définitive, Monsieur Frey! On créerait ainsi une insécurité préjudiciable à tous et non seulement au fabricant et à ses clients étrangers éventuels. Plus encore: à partir du moment où il serait établi avec une grande vraisemblance qu'un avion fabriqué en Suisse aurait été transformé à l'étranger en avion de combat, la qualification de matériel de guerre ne devrait-elle s'appliquer qu'à l'égard de l'Etat ayant utilisé cet avion comme moyen de combat? Ou devrait-elle s'appliquer au contraire de manière uniforme à l'égard de tous les pays vers lesquels nous exportons des avions de ce type? Dans le premier cas on favoriserait à nouveau ces opérations triangulaires dont je viens de parler et qui consistent à livrer de tels avions à partir de pays vers lesquels l'exportation n'est soumise à aucune restriction. Dans le second cas, on pénaliserait les pays qui ont acheté ces avions sans ne les avoir jamais transformés, puisqu'il leur serait à tout jamais interdit de les revendre à l'étranger. Si ces avions étaient considérés comme matériel de guerre, nous ne pourrions en effet autoriser leur exportation que si, conformément à la loi, le gouvernement du pays acheteur s'engageait à ne pas les réexporter. Il est évident qu'une telle exigence, dans la mesure où elle restreint sensiblement la liberté de l'acheteur, constituerait un handicap commercial non négligeable. Il faut dire enfin qu'il n'a y a pas que le fabricant de l'avion lui-même qui aurait à pâtir d'une telle réglementation, mais également la plupart des sous-traitants engagés dans la production de l'avion, les pièces détachées de matériel de guerre devant aussi, à certaines conditions, être considérées comme matériel de guerre. Puisque je parle de cela, permettez-moi de confirmer à M. Bäumlín la réponse que nous avons faite à son interpellation selon laquelle le Conseil fédéral considère, en application de la loi, comme matériel de guerre les armes, munitions explosives et autres matériels et leurs pièces détachées pouvant servir de moyen de combat. Le PC-7 n'étant

pas considéré comme matériel de guerre, les pièces détachées y relatives ne le sont pas non plus. Tout autre raisonnement, Monsieur Bäumlín, conduirait à une situation parfaitement illogique, où l'avion terminé ne serait pas considéré comme matériel de guerre, alors qu'il le serait lorsqu'il n'est encore qu'à l'état de pièces détachées! Je reviens au postulat de la minorité de la Commission de gestion et je réponds à une question habile ou captieuse qui a été posée à plusieurs reprises en filigrane dans le débat ou dans d'autres débats relatifs au PC-7. Si l'assujettissement (sous une forme ou sous une autre, selon la solution du postulat ou selon d'autres formules plus exigeantes encore) à la législation fédérale sur le matériel de guerre est de nature à compromettre l'emploi chez Pilatus, n'est-ce pas là la preuve que cet avion est vendu principalement à des pays vers lesquels l'exportation de matériel de guerre ne serait pas autorisée? Le Conseil fédéral a abordé également ce problème: c'est celui de la rentabilité des coûts de production. Si l'on réduit les séries, même de peu, le coût unitaire augmente et dans un marché où les prix sont extrêmement serrés - ce qui vient de se passer avec le PC-9 et la Grande-Bretagne en est la démonstration - le prix d'une série ainsi amputée n'est plus compétitif. Je remarque qu'il ne s'agirait pas de très grandes séries, car enfin les informations qui sont en possession du Département fédéral des affaires étrangères et du Département militaire nous permettent de «remettre l'église au milieu du village» et de préciser que les indices sûrs selon lesquels les PC-7 auraient été armés à l'étranger concernent le Guatemala et la Birmanie. Si nos renseignements sont exacts c'est de 28 avions qu'il s'agit alors que 334 avions ont été fabriqués à l'heure actuelle. Je quitte cet argument du coût marginal pour relativiser les reproches et les incompréhensions que la question du prix de revient a parfois suscités. Nous pourrions envisager le postulat comme un papier alibi, destiné aux tiroirs profonds des bureaux du Palais fédéral et assurant paix et tranquillité à l'administration. Nous voulons toutefois le considérer d'une autre manière et estimer qu'il indique une direction, qu'il situe déjà, même en des termes très doux, une nouvelle orientation dans la conception de la loi et de son application. C'est parce que nous le voyons dans cette perspective - et non pas comme un papier que l'on s'empressera d'oublier définitivement - que nous ne pouvons pas l'accepter et que nous ne pouvons pas aller dans la direction que ce postulat nous demande de suivre. En effet, comme je vous l'ai dit dans mon exposé, le Conseil fédéral a déjà procédé à l'étude de solutions proches ou similaires qui ne l'a pas conduit à modifier sa politique en ce domaine. C'est dans cet esprit qu'il nous paraîtrait parfaitement hypocrite de vouloir accepter un postulat dont nous savons qu'il ne nous conduira, en l'état actuel des choses, à aucune modification ni à aucune possibilité de modification. Certes, l'appareil législatif actuel et son application ne sont pas intouchables et les questions touchant à l'exportation de matériel de guerre ne sont nullement des tabous. Mais, je vous en prie, ne nous lançons pas dans l'aventure - ni dans l'aventure juridique - comme nous le suggère le postulat, Cette proposition ne répond pas à une nécessité. Nous vous demandons d'en rester aux pratiques et aux dispositions actuelles. Präsident: Sie haben zu entscheiden. Der Bundesrat lehnt das Postulat der Minderheit der Geschäftsprüfungskommission ab. Abstimmung - Vote Für die Überweisung des Postulates 39 Stimmen Dagegen 95 Stimmen #ST# 84.497 Interpellation Carobbio Flugzeuge PC-7. Ausfuhr Esportazione aerei Pilatus PC-7 Avion PC-7. Exportation Wortlaut der Interpellation vom 18. September 1984 Die Presse hat von der Werbung berichtet, in der die Firma Pilatus AG, Stans, darauf hinweist, dass die Flugzeuge des Typs PC-7 mit Waffen ausgerüstet werden können. Sie hat auch gemeldet, eine Anzahl Flugzeuge sei von Schweizer Militärpiloten in den Iran überflogen worden. Angesichts dieser Berichte fragen wir den Bundesrat: a. Ist über die beiden Fälle

eine Untersuchung eingeleitet worden? Wenn ja, zu welchen Ergebnissen hat sie geführt?

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Postulat der Minderheit der GPK/N Kriegsmaterialexport. PC-7 Postulat de la minorité de la CDG/N Exportation de matériel de guerre. PC-7 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1985 Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 16 Séance Seduta Geschäftsnummer Ad 85.201 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 20.06.1985 - 15:00 Date Data Seite 1200-1212 Page Pagina Ref. No 20 013 469 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.